Abend-Ausgabe. Nr. 76. Berlin, Dienstag, den 14. Februar 1893.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Nr. 76. Abend-Ausgabe. Berlin, Dienstag, den 14. Februar 1893.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königsträger: Straße № 15, und die Zeitungs-Spedition. — Insertions-Gebühr: für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Wien, 13. Februar. (D. B. H.) Der Hirtenbrief des Olmützer Erzbischofs Kohn, dem auch Theile Preußisch-Schlesiens unterstehen, beruht weder in politischen Fragen, noch in der Schulfrage. Er empfiehlt den Gläubigen Duldsamkeit und Verträglichkeit.

Brüx, 14. Februar. (H. T. B.) Gegenwärtig streiken 3000 Bergarbeiter auf 11 Schächten; man befürchtet Ausschreitungen, da die Einfahrenden von den Strikenden gehindert werden.

Lemberg, 14. Februar. (H. T. B.) Nach Meldungen polnischer Blätter aus Warschau entzog General-Gouverneur Jurko sechs polnische Geistlichen, welche zahlreichen Unirten, die zwangsweise zum russisch-orthodoxen Glauben bekehrt wurden, Sakramente gespendet hatten, die priesterlichen Funktionen und belegte sie außerdem mit empfindlichen Strafen.

Pest, 14. Februar. (D. B. H.) Aufsehen erregt inmitten der großen kirchenpolitischen Bewegungen ein Trinkspruch des Erzbischofs Sommaripa, der in seinem Palais gestern ein Diner gab. Zu demselben war Ministerpräsident Wekerle geladen. Im Laufe des Diners teastete der Erzbischof auf den Ministerpräsidenten, welch letzterem er einen „Goldmacher" nannte. Ungarn erfreue sich des Ruhmes seines Genius und blicke mit berechtigten großen Hoffnungen auf Wekerle, indem es an seine großen Interessen, an die öffentliche Freiheit, an seine Rechte und an jene Institutionen denkt, welche die nöthigen Bedingungen seiner Kraft, seiner Stabilität, seines Fortschrittes und seiner Macht bilden und u. s. w. Wekerle werde diesen Hoffnungen entsprechen; er werde alles thun für die Nation mit der Nation.

Paris, 14. Februar. (D. B. H.) Eine offiziöse Note besagt: Frankreich und Rußland verweigerten der Türkei die verlangte Intervention zwecks Zurückzuges der kürzlich nach Egypten versandten Truppen; Frankreich und Rußland könnten nur auf eine offizielle Note des Sultans und mit Einstimmung Englands der Bitte nachkommen.

Paris, 14. Februar. (D. B. H.) Der zweite Panamaprozeß vor dem Strafgerichtshof wird am 6. März beginnen. — Die französische Regierung ließ Herz ärztlich untersuchen, ob er wirklich so krank sei, wie angegeben wurde. Das Resultat der Untersuchung wird geheim gehalten; es soll später veröffentlicht werden.

London, 13. Februar. (W. T. B.) Zu Pontefract fand heute für Rowland Winn, welcher infolge des Todes seines Vaters Mitglied des Oberhauses geworden ist, eine Ersatzwahl für das Unterhaus statt. Es wurde der Gladstoneaner Beckett mit 1228 Stimmen gewählt; der konservative Gegenkandidat Shaw erhielt 1165 Stimmen. Die Konservativen haben damit einen Sitz im Unterhause verloren.

London, 13. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Auf eine von Sir C. Clarke gestellte Anfrage erklärte der Premier-Minister Gladstone, die irische Bodenfrage werde auf 3 Jahre dem Reichsparlamente reservirt bleiben.

London, 14. Februar, früh. (W. T. B.) Unterhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach sich Sexton im allgemeinen zustimmend über die Home-rule-Bill aus; dieselbe sei besser als die vom Jahre 1886. Da die zweite Kammer der irischen Legislatur die Gesetzgebung nur verzögern, aber nicht durch ein Veto beseitigen könne, so habe er nichts gegen diese Befugniß. Wenn die Beschränkung der Befugnisse der irischen Legislatur einzige im öffentlichen Interesse nothwendige Gesetze nicht beseitige, so habe er nichts dagegen. Was die finanzielle Frage angehe, so leiste die bezüglichen Vorschläge besser als die von 1886, aber doch noch nicht ganz befriedigend, und er hoffe, daß die Regierung dieselben weiter erwägen werde.

London, 14. Februar. (W. T. B) Der „Standard" hält Gladstones Homerule-Projekt für unausführbar und unmöglich. Die „Morningpost" wie auch „Daily News" geben zu, daß die jetzige Bill derjenigen von 1886 gegenüber eine Verbesserung bedeute. Die „Morningpost" fügt hinzu, die jetzige Bill habe auch eine bessere Aufnahme erfahren. Das Blatt tadelt aber ebenso wie die „Times" den Mangel jeder Klausel zum Schutz der Minorität der Protestanten und die Verlagung der Abtrennungsabstimmung. Die „Times" spricht sich gegen die Bill aus, weil sie keine genügende Reform enthalte. In der Presse wird die Homerule-Vorlage ziemlich kühl aufgenommen. Die Gladstoneschen Organe in Wales fordern als Vorbedingung für die Annahme der Bill die zu gleicher Zeit in beschleunigte Trennung der Kirche und des Staates in Wales.

Rom, 14. Februar. (D. B. H.) Ordenungen aus Mexiko, Argentinien und Montevideo sind hier zur Beglaubigung des Papstes eingetroffen.

Brüssel, 14. Februar. (D. B. H.) Die Kaiserin Friedrich wird in den ersten Tagen des April hier erwartet; sie wird offiziell empfangen werden.

Brüssel, 14. Februar. (D. B. H.) Der Kongreß der Arbeitslosen ist beendigt. Es wurde beschlossen, Adressen an den König, die Minister und die Kammer zu senden. Die Arbeitslosen in ganz Belgien sollen zu weiter, falls nicht eine Aenderung ihrer Lage eintrete.

Brüssel, 14. Februar. (D. B. H.) Von den Sozialisten wurde eine Manifestation gegen das Wahlrecht, die tumultuarisch endete, ins Werk gesetzt. Die Redner wollten vorher freiem Zuwachs, konnten aber von den Polizisten daran verhindert. Die Menge drängte die Polizisten und unbemaßte sie Steine. Durch berittene Polizeimannschaften wurden die Manifestanten, welche nach der Westlichen Metzelbeck zogen, vertrieben. Später fand die Manifestation durch die Parteien der Polizei unter freiem Himmel statt. Mehrere Personen wurden verwundet.

Helsingfors, 14. Februar. (W. T. B.) Am Sonnabend ist der Landtag der Finnischen Diet bis zum 20. Februar mit Hinterlassung eines Defizits in der Kassenkasse, dessen Höhe noch nicht festgestellt ist.

Petersburg, 14. Februar. (W. T. B.) Die heutige Nummer des Gesetzblattes veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß zur Ueberführung sämmtlicher katholischer Kirchenschulen im Reiche an das Ministerium der Volksaufklärung, wobei der katholischen Geistlichkeit die Beschränkung entzogen wird, den Religionsunterricht in den genannten Schulen zu beaufsichtigen.

Kairo, 14. Februar. (W. T. B.) Telegramm des „Reuterschen Bureaus": Nach den Rechnungs-Ausweisen von 1892 betragen die Einnahmen der Kasse der ägyptischen Schuld gezahlten und für den Dienst derselben bestimmten Gelder eine Million ägyptische Pfund mehr, als zur Zahlung der Zinsen der ägyptischen Schuld erforderlich ist. Wie bekannt, hat Egypten 25 Millionen an Zinsen zu zahlen.

Kairo, 13. Februar. (W. T. B) Telegramm des Reuterschen Bureaus. Nach dem Rechnungs-Ausweise des Budgets des Jahres 1892 betrugen die Einnahmen 10 370 000 egyptische Pfund, die Ausgaben 9 955 000 Pfund. Nach allen Abzügen verbleibt ein Ueberschuß von 758 000 Pfund. Die Konvertirung der Staatsschulden schuf in bei diesem Ueberschuß mit 411 000 egyptische Pfund betheiligt. Die gesammte allgemeine Reserve des Jahres 1892 beläuft sich auf 3 400 000 Pfund. Die Mehrungen des Jahres 1892 weisen eine Besserung der Einnahmen aus den Zöllen, den Eisenbahnen und den indirekten Steuern auf. Die Ausgaben haben sich jetzt wieder vermehrt. Die Amortisation der Staatsschuld in den Jahren 1891 und 1892 hat bisher 430 000 Pfund.

Sofia, 14. Februar. (W. T. B.) Eine Proklamation des Minister-Präsidenten Stambulow macht die Thronbesteigung Ferdinand aus Florenz den 14. bekannt, in welcher dieser seine Verlobung mit der Prinzessin Marie Louise von Parma mittheilt. Die Proklamation schließt: „Ich bin glücklich, dem bulgarischen Volke die freudige Nachricht mittheilen zu können, und hatte mich überzeugt, daß dieselbe jedem Bulgaren mit aufrichtiger Freude erfüllen, und daß die bedeutsame Thatsache die Freiheit und Zukunft Bulgariens sichern und kräftigen wird." Prinzessin Marie Louise, Kgl. Hoheit, ist die älteste Tochter des Herzogs Robert von Parma, Piacenza u. s. w., aus dessen erster Ehe mit Marie Pia Prinzessin von Bourbon-Sizilien, und am 17. Januar 1870 zu Rom geboren. Prinz Ferdinand ist am 26. Februar 1861 geboren und am 7. Juli 1887 zum Fürsten von Bulgarien erwählt.

Zum „Bund der Landwirthe".

„Zur Kennzeichnung der unter den Landwirthen herrschenden Stimmung" hat die Redaktion eine Anzahl Zuschriften mitgetheilt. Vielleicht hat dieselbe die Güte, auch von mir, dem Unterzeichneten, der seit fast 25 Jahren in der agrarischen Bewegung steht und der sich auch an der Vor-Versammlung vom 4. d. M. aktiv betheiligte, eine von den bisher veröffentlichten abweichende Aufnahme Ihrem Leserkreise nicht vorzuenthalten. — Das „audiatur et altera pars" ist bei Ihnen ja stets die Regel gewesen:

Der bekannte Aufruf des Herrn Ruprecht-Ranfern hat berechtigtes Aufsehen erregt und gab den Ausgangspunkt für eine Bewegung unter den Landwirthen Norddeutschlands, wie wir dieselbe seit längerer Zeit nicht erlebten. — Der Aufruf gipfelte in der Forderung: „Wir müssen Politik — und zwar Interessenpolitik treiben — wir müssen uns zu einer agrarischen Partei zusammenschließen."

Auf Grund der Vorversammlung am 4. Februar d. J. in Berlin wurde ein provisorisches Komitee gebildet, das sich Herrn v. Plötz-Döllingen zum Vorsitzenden erwählte. — Durch Verhandlungen dieser Vorversammlung und durch eine Erklärung des Vorsitzenden Herrn v. Plötz vom 6. d. M. (in der „Kreuzzeitung" Nr. 64) wurde bekannt gegeben, daß sich die neue Vereinigung von Landwirthen Deutschlands als „ein unpolitischer Verein" konstituirt habe, der sich am 5. d. M. den Namen „Bund der Landwirthe" beilegte.

Es scheint mir daher die Bewegung in die gegentheilige Richtung geleitet worden zu sein.

Ich beklage dies. — Ich stehe auf dem Standpunkt, den Herr v. Plötz in seiner Kundgebung vom 22. Januar d. J. vertrat, daß wir nämlich genug unpolitische landwirthschaftliche Vereinigungen haben — Steuer- und Wirthschaftsreformer, Kongreß deutscher Landwirthe, Landwirthschafts-Gesellschaft, deutschen Bauernbund, gegen 3000 landwirthschaftliche Vereine nebst ihren Zentralvereinen u. s. w.

Was haben sie und genützt?

Jetzt soll noch ein „Bund der Landwirthe" hinzutreten als 3000 und so und so vielster! — und wenn auch ein halbes Dutzend dieser Vereinigungen in ihm aufgehen sollte — was noch nicht feststeht.

Keine politische Partei ist bisher geschaffen für die nothwendigen Forderungen der deutschen Landwirthschaft eingetreten, mit der das Wohl und Wehe des Handwerks, der heimischen Industrie, des Handelstandes und aller deutschen Berufsstände überhaupt, soweit sie nicht sich ausschließlich auf den Weltbandel stützen, verbunden ist. Ich erinnere daran, daß vor kurzem erst der Vorsitzende des Kongresses deutscher Landwirthe, der mit im Vorstande der Konservativen Partei stand, für den Abschluß der Handelsverträge mit Oesterreich u. s. w. wirkte und stimmte.

Die Leiden der deutschen Landwirthschaft datiren allein aus der politischen Gesetzgebung der letzten 25 Jahre — eine Besserung kann daher, meiner Ansicht nach, auch nur auf diesem Wege erfolgen. Wir brauchen daher eine agrarische Partei, die sich bewußter, selbständiger, meinetwegen in reiferer Weise, für ihre eigenen Interessen, und damit für Kaiser und Reich einzutreten bereit ist, als die bisherigen Buchstabe bestehender Parteien.

Eine derartige Partei würde sich weniger „von Rücksichten höherer Art" bei ihren Abstimmungen leiten lassen — und das wäre kein Unglück. Sie würde einen Mittelpunkt für die Freunde innerhalb der anderen Parteien abgeben und hierdurch eine wirthschaftliche Vereinigung derselben erzielen können — und ob sie nun die sieben oder siebzehnte Partei wäre, das scheint mir doch sehr nebensächlich zu sein — wenn sie nur ihren Zweck erfüllt.

„Der Bund der Landwirthe", als unpolitischer Verein, wird ja gewiß auch eine „metallische" Wirkung auf manches Mitglied der parlamentarischen Körperschaften erzielen und damit Nutzen stiften können. Das Gleiche könnte man aber auch den Steuer- und Wirthschaftsreformern überlassen. — Wenn aber der jetzt unternommene neue Versuch, die Landwirthe zusammenzufassen, nur dazu führen sollte, schöne Reden anzuhören, und unsere Noth gegenseitig zu klagen und Beiträge einzusammeln, so kann sich schließlich völlige Mutlosigkeit der Landwirthe bemächtigen. Die Zeiten sind zu ernst, um noch Experimente zu machen.

Wenn jedoch noch in letzter Stunde der Vorsitzende des Gustschuß hohe, sich als agrarischer Wahlverein zu konstituiren, so wäre das eine That, die trotz allen nationalgesinnten Anfechtungen unserem Vaterlande wirklichen Segen brächte. Die Zahl der Feinde würde gewiß größer, die Zahl der Mitglieder zwar geringer sein, als ein unpolitischer Verein um sich zu scharen vermag. — Aber wenige, die handeln, sind besser als viele, die reden. Kann das Komitee zu einem derartigen Entschlusse nicht kommen — dann hin ich ohne Pessimist. Gott gebe es dann, daß meine Auffassung durch die Thatsachen (nicht durch Worte) gründlich dementirt werde!

Jacobsdorf b. Falkenberg O.-S., 10. Februar 1893.

Fehr. v. Thielmann-Jacobsdorf.

Nachschr. der Red. Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß die Landwirthe, wenn sie ihre Interessen energisch und mit Erfolg vertreten wollen, dies nur durch Einflußnahme auf die Gesetzgebung erreichen können. Ein Verein, welcher die Politik und jeinen Gegenzweck und Zielen ausschließen wollte, wäre dann natürlich nicht erzielbar. Wenn deshalb der „Bund der Landwirthe" als ein „unpolitischer Verein" ins Leben treten will, so kann das selbstverständlich nur den Sinn haben, daß man keine neue parlamentarische Partei bilden und die Zuschriftsteller an dem Bunde nicht von dem Beitritt zu einer bestimmten Fraktion, sondern von der bestimmten Stellungnahme zu den konkreten, die Interessen der landwirthschaftlichen Bevölkerung berührenden Fragen abhängig machen will. Da unseres der Verein seine Aufgabe darin erblickt, auf die politischen Fragen in diesem Sinne einen sehr entschiedenen Einfluß auszuüben, beweist deutlich und klar, daß er eine eminente Politik treiben will und muß.

Entgegnung.

Zu Nr. 61 glaubt Herr v. Sydow-Dobkerthal meine Ausführungen „Zum russisch-deutschen Handelsvertrag" (Nr. 52 dieser Zeitung) bekämpfen zu sollen. Ich erwidere:

1) Verzichte Übersicht, daß ich mit seinem Worte auf die Art und Weise der „Valuta-Reaktionen" in Oesterreich näher eingehe, namentlich keinerlei Beziehungen über das Resultat dieser Maßnahmen aussprach. Sollte etwa mein Appell an die Reichsregierung: „nun Rußland gegenüber doch auch eine Valutaregulirung zu verlangen", als eine Zustimmung zu der Methode der österreichischen Regulirung aufgefaßt sein, so bekenne ich, daß Verzichte die darin liegende Ironie übersah. Denn es liegt doch wohl auf der Hand, daß Rußland seine Valuta zur Zeit überhaupt gar nicht regulieren kann und daß eines ist die Hauptsache und Vorfall dieser Maßlichkeit folgerichtig der Handelsvertrag überhaupt nicht zu Stande kommen könne, — natürlich immer vorausgesetzt ein sachlich gerechtfertigtes Vorgehen auf wirthschaftlicher Grundlage.

Der Tenor meiner ganzen Ausführung ging lediglich dahin zu bestätigen, daß entgegen manchen unsachlichen Pessimismus die Reichsregierung doch thatsächlich das Moment der Berücksichtigung der Valutendifferenz bei den früheren Verhandlungen „im Auge gehabt habe", und daher verpflichtet sei, auch dieses mal dies nicht zu übersehen. — Mit welchem Erfolge die Reichsregierung dies aber früher gethan — muß ich billigerweise ihr allein, wie auch dem Reichstage vor dem Lande zu vertreten überlassen. — Zu diesem Zwecke halte ich nicht zur Feder gegriffen.

2) Ich muß die Meinung des Verfassers auch dahin berichtigen, als ob nach den offenkundig daliegenden Kriterien der „Regulirung" in Oesterreich, ich gemeint haben könnte, „daß der Gulden damit wieder auf 2 M. käme!" Die Schätzung des Gläubigers, namentlich des ausländischen, ist mir vollkommen bewußt, ebenso die derzeitig nach daraus resultirende Forderung des österreichischen Exports, wenn ich auch, wohl abweichend von Herrn v. Sydow, meine, daß sich die Wirkung dieser Münz- und Währungs-Manipulation unseres kaufmännisch recht begabten Nachbars durch dieselbe Maßnahmen beseitigen lassen. Das letzte Wort in dieser Sache ist sicherlich von unserer Regierung noch nicht gesprochen, sowohl Oesterreich, wie auch namentlich nicht dem eigenen Lande gegenüber. Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht hat zur Stunde die Reichsregierung dieselbe Erfahrung hier gemacht — die man im Pferdehandel mitunter einem „lieben Freunde" gegenüber macht —, womit keine Anspielung auf die hohe Politik gerichtet sein soll.

3) Wenn Verfasser schließlich glaubt, mit mir den gemeinsamen Wunsch zu haben, „daß bei einer etwaigen späteren Valutaregulirung in Rußland der Rubelwerth nicht unter 3,22 M. Gold festgesetzt wird", so bestätige ich gern diese Gemeinsamkeit des „Wunsches". Dagegen glaube ich aber auch zu wissen, daß Verfasser mit mir davon durchdrungen ist, daß dieser Wunsch ein „frommer" bleibt. Es verlohnt sich dieserhalb auch gar nicht, ihn auf dem geduldigen Papier eines eventuellen Vertrages zu fixiren. Unsere wirthschaftliche Krankheit auf dem Lande ist zu ernst, als daß uns solch ein „Heilungsversuch" genügen könnte.

Ich schließe, weil ich den Raum dieser geehrten Zeitung ebenso wie unsere Zeit zu hoch taxiere, nur weiter zu entgegnen, — was erfahrungsmäßig übrigens immer sehr markirend auf das Interesse des Lesers wirkt.

v. Below-Saleske.

Erklärung der jüdischen Rabbiner Deutschlands.

Mehr als zweihundert jüdische Rabbiner aus allen Theilen Deutschlands erlassen folgende Erklärung:

In Vertretung und den Wirkungskreis gestatten erklären wir, die unterzeichneten Rabbiner jüdischer Gemeinden Deutschlands, zur Steuer der Wahrheit gegenüber falschen Verleumdungen, die über das Schriftthum und die Sittenlehre des Judenthums verbreitet werden, was folgt: Die heilige Schrift, welche Gemeingut der ganzen gesitteten Welt geworden ist, bildet die Grundlage für die Lehre des Judenthums. Außer der heiligen Schrift, welche das „schriftliche Lehre" heißt, besitzt das Judenthum noch eine Religionsquelle, den Talmud, der, weil er ursprünglich nicht niedergeschrieben wurde, die „mündliche Lehre" genannt wird. Eine andere religionsgesetzliche mündliche Lehre giebt es für das Judenthum nicht.

Der Talmud dient seinen Lehrzwecken auf Grund des biblischen Wortes auf und giebt allem Raum, was den menschlichen Geist und das menschliche Gemüth beschäftigt. Neben dem Religionsgesetze und der Ethik, welches seine leitenden Hauptgebiete sind, haben in ihm Platz die Wissenschaft, der Handelsverkehr der Medizin, der Geschichte, sowie Erzählungen, Gleichnisse, Sentenzen und Aehnliches Aufnahme gefunden. Seiner Form nach ist der Talmud mit der Aufzeichnung der Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft, in welcher eine Verlage mit ihren Motionen zur Diskussion stellt, unseren zu vergleichen, als er vielfach 2000 Jahre alte Ueberlieferungen, welche bis zum Jahre 1000 gesammelten Ueberlieferungen, welche bis zum Jahre 1000 gesammelten Verhandlungen aufzeichnet, die verschiedenen, oft widerstreitenden Meinungen neben einander stellt, jede Ansicht, die zu Worte kam, jede Entscheidung, die gefällt wurde, in der ganzen Mannigfaltigkeit der Tatsachen niederschreibt und nur selten, wenn anders es einer einzelnen Gutheißung zu gelangen. Der Talmud enthält somit überaus zahlreiche Aussprüche, welche als die Meinungen einzelner niemals eine bindende Kraft erlangt haben. Seiner ganzen Anlage nach ist daher der Talmud für die Gelehrten für die Rabbiner der heutigen Zeit, wie auch für die Kommentar, die Geschichte und die Begründung des heutigen Religionsgesetzes zu betrachten. Als eine solche Quellenschrift ist der Talmud zu allen Zeiten von den jüdischen Gelehrten behandelt worden. Die Gutachter des Talmuds berieht auf der Bibel und es sind in ihrem Kreise Gelehrten der heiligen Schrift. „Im Gesetze des Herrn hat er den Menschen geschrieben" (Sprüche 1,27) „Liebe Dinnen Nichtem wie Dich selbst" (Levitikus 19, 18) „Liebet den Fremdling" — „Liebe ihn wie Dich selbst (Deuteron. 10, 19 — Levitikus 19, 34) das sind der Grundsätze, auf welchen der Talmud ruht, und die er entwickelnden Nächstenliebe. Im Gesetze des Priesterkonvents, das dem in Babylon weilenden Israel anerkannt wurde „Herbeit das Heil der Stadt, in die Ich Euch gesiedelt habe, und bete für sie zu Gott, denn in ihrem Wohle wird Euch wohl sein" (Jeremi 29, 7) wird im Talmud der Gedanke entwickelt, daß man den alten Gesetzgebern einmüthig zum Gesetz erhoben: „Das Staatsgesetz hat zu staatsbürgerlichen Rechten verbindliche Kraft" (Talmud Babli, Baba kamma 30b, 31a u. a. O.). Es ist demnach selbstverständlich Pflicht, mit der Treue gegen die Religion Gehorsam gegen die Gesetze des Staates zu verbinden.

Die Leiter und dem Talmud und der nachtalmudischen Literatur entflammten Rabbiner, wie Jad ordnendes Ist. Maimon, Schulchan Aruch des R. Joseph Karo und andere Zusammenstellungen haben niemals für sich allein, sondern stets nur dann und insoweit Geltung erlangt, als sie mit Zustimmung der Gemeinden auf den Boden ihrer Zeit und ihrer Verhältnisse gestellt, die Zustimmung erhielten. Die Verdächtigung „Ahnen" bedeutet „Anhänger der Sterne und Sternbilder" und ist vollständig nicht auf die Bekenner der mosaisch-talmudischen Religionsgemeinschaft, sondern auf die Bekenner der Astrologie im Zeitalter Ptolemäus, Hadrian und anderen Zeitgenossen und der Astrologie, welche die Zeitmerkmäler hervorgerufenen Stimmung und als Pflege der Heilkunde zu betrachten, die wissen nur wenen Gleichmann Heilen gerichtet, welche Gebet, Heilen und Gebrauchen des Medicin nicht kennen. Der Talmud ist ein Buch, welches